

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten, Falkensteiner Anzeiger
Hornauer Anzeiger Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn Fischbacher Anzeiger

Die „Taunus-Zeitung“ mit ihren Neben-Ausgaben erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis einschließlich der Wochen-Zeitung „Taunus-Blätter“ (Dienstags) und des „Kürfürstlichen Sonntags-Blattes“ (Freitags) in 12 Heften oder in 12 Hefen 12 Pfennig, monatlich 1 Pfennig, beim Vorbestellen 10 Pfennig. — Anzeigen: Die 50 mm breite Zeile 10 Pfennig für 10 Zeilen, 15 Pfennig für auswärtige Anzeigen; die 85 mm breite Zeile 15 Pfennig für 10 Zeilen, 25 Pfennig für auswärtige Anzeigen; tabellarischer Satz

Donnerstag
29
November

Wird doppelt berechnet. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschlag. Jede Nachschaltung wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Angelegenheiten. — Einfache Beilegung: Tausend Mk. 5. — Anzeigen-Nachschaltung: größere Anzeigen bis 9 Uhr vormittags, kleinere Anzeigen bis halb 12 Uhr vormittags. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird hinfällig berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 279 · 1917

Verantwortliche Schriftleitung Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die neue Reichstags-Sitzung.

Berlin, 28. Nov. Der Tagungsabschnitt, zu dem der Reichstag morgen zusammentritt, gilt der Genehmigung der neuen Kriegskreditvorlage. Weil gleichzeitig Graf Hertling als Nachfolger des Herrn Dr. Michaelis sich dem Reichstag als neuer Kanzler vorzustellen hat, tritt der Reichstag etwas früher zusammen, als es ursprünglich beabsichtigt war. Die Kriegskreditvorlage wird so wenig auf Schwierigkeiten stoßen wie ihre sieben Vorgänger. Was sich während der Beratung des Reichstags durch die Verhandlungen der Vertreter der Mehrheitsparteien mit der Reichsleitung, zunächst mit dem Reichskanzler Dr. Michaelis und dann mit seinem Nachfolger Grafen Hertling abgespielt hat und in dem Wechsel auf dem Kanzlerposten und durch die Ernennung des Herrn v. Paner zum Vizekanzler und des Geheimrats Dr. Friedberg zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums zum Ausdruck gekommen ist, wird in den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstags gewiß erwähnt werden, aber es ist nicht anzunehmen, daß über diese abgeschlossenen Dinge, deren Abschluß ja eine Art Burgfrieden bedeuten soll, noch in längeren Debatten etwa gestritten werden wird.

Graf Hertling, dem Reichstage als Mitglied und als langjähriger Führer des Zentrums, als Redner in mancher Diskussion über auswärtige Politik kein Fremder, stellt sich morgen als Kanzler vor, und man darf annehmen, daß er in der ihm vertrauten Umgebung mit der Sicherheit eines alten Parlamentariers auch einiges Persönliche zu sagen haben wird. Die Verhandlungen, die er mit den Vertretern der Mehrheitsparteien vor der Übernahme des Reichskanzlerpostens geführt hat, ergeben eine Uebereinstimmung darüber, daß unsere Friedenspolitik auf der Grundlage weiterzuführen sei, auf der unsere Antwort auf die Friedensnote des Papstes beruht, weiter eine Uebereinstimmung darüber, daß die Wahlreform in Preußen ohne Verzug zu betreiben sei, ferner daß eine Milderung oder Abschaffung der politischen Zensur notwendig sei, und daß auf sozial-politischem Gebiet die Aufhebung der der Koalitionsfreiheit der Arbeiter entgegenstehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung zu erfolgen habe. Man darf danach ohne weiteres annehmen, daß Hertling morgen in seiner Rede über diese vier Punkte sprechen wird.

Es hat bis jetzt jeder Reichskanzler beim Beginn einer neuen Tagung auch einiges über die militärische Lage gesagt und auch über die auswärtige Politik, soweit man während des Krieges von einer solchen überhaupt reden kann. Wer sich mit diesen Dingen fortlaufend einigermassen beschäftigt, kann wissen, daß auch ein neuer Kanzler im Augenblick über Sieg und Frieden nicht viel Neues und jedenfalls nichts Ueberraschendes für die Öffentlichkeit zu sagen hat. Der Reichskanzler sowohl wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes haben sich in den letzten Tagen und heute noch mit den Fraktionsführern einzeln und in Gruppen über innere und auswärtige Fragen ausgesprochen, und daher kommt es, daß man in parlamentarischen Kreisen mit der Möglichkeit rechnet, daß sich die Parteien morgen nach der Rede des Kanzlers, wie das übrigens allmählich üblich geworden ist, auf kurze Erklärungen statt langer Reden beschränken werden, und daß dann, was weiter zu sagen ist, im großen Ausschuss besprochen werden kann, dem die Kreditvorlage überwiesen wird. Das könnte am Freitag geschehen. Und wenn dieser große Ausschuss, in dem der Staatssekretär v. Kühlmann seine Mitteilungen über die auswärtige Politik machen wird, am Freitag fertig wird, so könnte die Tagung des Reichstags mit der Bewilligung des achten Kriegskredits am Samstag geschlossen werden. Man hält das für möglich, auch deshalb, weil damit dem preussischen Landtag, der an die Beratung der Wahlreform und der damit zusammenhängenden Gesetze geht, freie Hand gelassen wird. Die eigentliche Winteression des Reichstages, in der bei der Beratung des Etats alle mit der Reichsverwaltung, der Kriegslage und der Kriegswirtschaft zusammenhängende Fragen erörtert werden, beginnt erst im Januar. (Hf. 3tg.)

Preussischer Landtag.

Berlin, 28. Nov. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Firma und Grundkapital der Seehandlung. Nach dem Antrag der Kommission wird die Firma dahin geändert, daß statt

„Königliche preussische Staatsbank (Seehandlung)“ gesetzt wird: „Preussische Staatsbank (Königliche Seehandlung)“. Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Beratung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge der verstärkten Staatshaushaltskommission betreffend die

Sicherstellung der Volksernährung.

Die Anträge der Kommission fordern insbesondere die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. In Verbindung damit werden beraten: die Anträge der Konservativen auf Freigabe von Leder für die Landwirtschaft, betreffend Wiederherstellung der Freizügigkeit des Handels, Ueberlassung von Holz an die Bäcker, die Zucht der schweren Pferde und Anträge der fortschrittlichen Volkspartei betreffend Zusammenlegung gewerblicher Betriebe und Ueberweisung von Mahlmüllern an die kleineren und mittleren Wassermühlen.

Als Berichterstatter sprach hierzu Abg. Vippmann (Hofsch. Sp.). Er führte aus: Die Grundlage der Bewirtschaftung der Ernte dieses Jahres darf nur eine gesunde Statistik sein, deshalb sollte die ländliche Bevölkerung über ihre Vorräte genaue Angaben machen. Falsche Angaben reichen ihr selber zum Nachteil, wie wir das bei dem Mangel an Saatkartoffeln im letzten Frühjahr gesehen haben. Wünschenswert ist eine Vergrößerung der Anbaufläche für Kartoffeln. Vor allem müssen rechtzeitig Saatkartoffeln in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission empfiehlt, daß Eier, Obst und Gemüse in Zukunft von der Zwangsbewirtschaftung, die sich nicht bewährt habe, befreit werden sollen. Vielfach ist angeregt worden, den Handel, der jetzt durch die Kriegsaeselschaften eingeengt ist, wieder in seine Rechte einzuführen. Jedenfalls muß nach Friedensschluß der Handel namentlich für den Einkauf von Lebensmitteln freie Hand haben. Die Bureaucratie ist nicht fähig, den Handel für den Auslandsmarkt nach dem Kriege zu ersetzen. Wenn es uns gelingt, unsere Industrie wieder zu heben, dann haben wir den wirtschaftlichen Kampf gewonnen.

Staatskommission für Volksernährung v. Waldow:

Ich rechne auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem hohen Hause. Mit Ihrer Unterstützung, hoffe ich, wird es uns gelingen, die Ernährung des Volkes in diesem schweren Kriegsjahr sicherzustellen, den uns aufgedrungenen Existenzkampf siegreich zu bestehen und den Plan Englands zu schanden zu machen. Ich bin bereit, Vorschläge zur Verbesserung der Organisation zu prüfen. So lange aber unsere Absperrung vom Weltmarktverehr fort dauert, muß an dem Grundsatz der öffentlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel festgehalten werden. Der vom Reichstag gegebenen Anregung, den Gemeinden aus Reichsmitteln Zuschüsse zu gewähren, um die Lebensmittelpreise für die mindermittelte Bevölkerung herabzumindern, steht die Regierung wohlwollend gegenüber.

Es ist zu hoffen, daß unsere Brotgetreideversorgung für das ganze Jahr gesichert ist. Freilich müssen wir mit den Vorräten sparsam umgehen, deshalb werden wir auch wieder zur Streckung übergehen. Die Befürchtung, daß durch den Frühdrusch Getreidemengen verdorben sind, ist nicht eingetroffen. Die Kartoffelernte kann als befriedigend, stellenweise als gut bezeichnet werden. Dem Wunsch, die Kartoffelernte auf 10 Pfund zu erhöhen, kann leider nicht entsprochen werden. Bei der geringen Ernte an Hafer und Gerste ist leider für Schweine und Rindvieh kein Futter zur Verfügung, deshalb ist es notwendig, den Schweinebestand zu vermindern und auch die Höhe des Rindviehbestandes mit den verfügbaren Futtermitteln in Einklang zu bringen. Das wird naturgemäß seine Wirkung auf die Fleischversorgung und auf die Gewinnung von Milch und Fett haben. Durch die Maßnahmen der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist die regelmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Brotausstrichmitteln gesichert. Würde man Obst und Gemüse von der Zwangsbewirtschaftung freilassen, so würden die Preise steigen, und die mindermittelte Bevölkerung würde nichts kaufen können. Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion halte auch ich für eine der wichtigsten Aufgaben unserer Kriegswirtschaft. Die Gesamtlage unserer Ernährung ist derart, daß unsere

Versorgung mit den Hauptnahrungsmitteln gesichert

ist, was also Brot und Kartoffeln anbetrifft, und daß die Schwierigkeiten auf anderen Gebieten überwunden werden. Es ist beabsichtigt, in erhöhtem Maße ausflärend in Stadt und Land über die Notwendigkeit der Wirtschaftskriegsmassnahmen zu wirken. Wie unsere Helden auf den Schlachtfeldern kämpfen, so sollte auch die Bevölkerung auf dem Land und in der Stadt in Vaterlands- und Pflichtgefühl zusammenstehen, dann werden wir unserer Helden würdig, dann werden wir trotz der Uebermacht der Feinde siegreich aus dem Kampf hervorgehen.

Abg. v. d. Osten (sonj.): Der Durchführung unserer Kriegswirtschaft drohen ernstliche Schwierigkeiten, wenn auf dem bisherigen Wege der Verordnungen und des Schematismus weitergegangen wird. Die Zwangslieferung sollte auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Es sollte der Weg des allmählichen Abbaues gesucht werden. Das würde zur Beruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung beitragen. Sie würde dann wieder produktiver werden. Eine weitere Folge würde auch sein, daß die Gegensätze zwischen Stadt und Land gemildert werden.

Weiterberatung Donnerstag.

Berlin, 28. Nov. (Priv.-Tel. d. Hf. 3tg.) Der Tag, an dem Graf Hertling sich dem Abgeordnetenhaus als preussischer Ministerpräsident vorstellen wird und die Beratung der Wahlrechtsvorlage und der Herrenhausreform beginnen soll, steht noch nicht fest. Es ist durch den bisherigen Gang der Beratungen zweifelhaft geworden, ob der in Aussicht genommene Termin des 4. Dezember eingehalten werden kann, oder ob nicht eine Verschiebung auf Mittwoch, den 5. Dezember eintreten muß. Endgültig wird darüber eine Donnerstag oder Freitag stattfindende Beratung des kleinsten Ausschusses entscheiden.

Polnische Parteiführer in Berlin.

Berlin, 28. Nov. (Priv.-Tel. d. Hf. 3tg.) Die zum Besuch hier erwarteten polnischen Führer der aktivistischen Parteigruppe sind heute hier eingetroffen. Sie wollen auch mit dem Reichstag enge Fühlung nehmen, und am Samstag soll eine Besprechung mit den Parteiführern über polnische Fragen stattfinden.

Ministerialdirektor Giesberts.

Berlin, 28. Nov. (Priv.-Tel. d. Hf. 3tg.) Wie die „Germania“ mitteilt, wird der Zentrumsabgeordnete Giesberts nunmehr als Ministerialdirektor in das Reichswirtschaftsamt berufen werden.

Das Mandat von Dr. Friedberg.

Solingen, 27. Nov. Die nationalliberale Parteileitung des Landtagswahlkreises Solingen-Lennep-Remscheid wird dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Friedberg, dessen Mandat durch seine Ernennung zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums erloschen war, das Mandat erneut anbieten.

Wiener Generalstabsbericht vom 28. Nov.

(W. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Die Kunstschätze in Venetien.

Berlin, 28. Nov. (W. B.) Mit dem überstürzten Rückzug des italienischen Heeres und der Flucht der Behörden und der besitzenden Klassen in Venetien blieben auch die wertvollen und teilweise unerschöpflichen Kunstschätze in den Kirchen, Schlössern und Sammlungen unbehütet zurück. Das Feuer, das die abziehenden Italiener stellenweise an die Magazine legten, griff auf die Kirchen und Kunstdenkmäler über, während der plündernde Mob bis zum Eintreffen der deutschen Truppen die wertvollen Sammlungen in der brutalen Eile nach Kostbarkeiten durchwühlte und zerstreute und verschleppte. Italienische Fliegerbomben und Granaten aus weittragenden Geschützen setzten auch nach dem Abzug der Italiener das Zerstörungswerk fort. Besonders groß sind die Zerstörungen an der Plavefront wo die Batterien der Italiener und der Alliierten täglich rücksichtslos Dörfer, Paläste und Kirchen beschießen. U. a. wurde hier das dem österreichischen Grafen Col Alto gehörige Schloß San

Salvatore durch Granaten schwerster Kaliber planmäßig zerstört. Was von Skulpturen, Bildern, von Fresken Tiepolos und Veroneses und Altargemälden Tizians, zahlreichen Schmaltären und Gekrönten, Türen und Marmorkaminen vernichtet wurde, läßt sich noch nicht völlig übersehen. Durch Kunstgelehrte, die das deutsche Heer begleiten, wird zwar das Menschenmögliche zur Vergütung und zum Schutz der gefährdeten Kunstschätze getan, doch lassen sich diese Arbeiten bei dem rücksichtslosen Feuer, mit dem die Italiener und ihre Bundesgenossen weithin ihr italienisches Land verheerten, hinter der Kampffront nur in beschränktem Maße durchführen.

Berlin, 28. Nov. (W. B.) Wie zu erwarten war, fehlt in der italienischen Presse ein neuer Lügenfeldzug gegen Deutschland ein. Professor Cian berichtet im „Corriere della Sera“ von den Greueln, die deutsche und türkische (!) Truppen in Udine verübt haben sollen. Die Untaten der türkischen Truppen werden besonders hervorgehoben. — Die Glaubwürdigkeit dieser durchsichtigen Heerverheerung wird am besten durch die Tatsache charakterisiert, daß an der deutsch-italienischen Front kein einziger türkischer Soldat kämpft!

Die russischen Geheimpapiere.

Eine angebliche Konferenz in der Schweiz.

Berlin, 28. Nov. Unter den Geheimnissen, die jetzt die Bolschewiki-Regierung in der Petersburger „Pravda“ veröffentlicht, befindet sich ein Geheimtelegramm des diplomatischen Agenten Rußlands in Bern vom 17. September d. J., das politisch urteilsfähige Leser nicht ohne einige Heiterkeit kennen lernen. Es wird berichtet, daß einige Finanzleute aus den beiden im Kriege mit einander befindlichen Lagern kürzlich in der Schweiz zu weitgehenden gemeinsamen Besprechungen zusammengetroffen seien. Es werden zwei Pariser Bankiers genannt, und dann Direktor Fürstenberg von der Deutschen Disconto-Gesellschaft, worunter nur Herr Karl Fürstenberg gemeint sein kann, dann ein Vertreter der Deutschen Bank in Berlin und ein Vertreter einer österreichischen Bank. Diese Herren sollen als Basis eines Uebereinkommens die Rückgabe Elßaß-Lothringens an Frankreich, die Wünsche Italiens, Kompensationen für die Zentralmächte im Osten erörtert haben, und die deutschen Teilnehmer sollen die baltischen Provinzen für Deutschland und die Unabhängigkeit Rußlands verlangt haben. Wer einige der dabei genannten Personen und ihre Beziehungen zu ihren Regierungen kennt, weiß, daß diese ganze politische Konferenz phantastischer Unsinn ist, auf den der diplomatische Agent Rußlands hineingefallen ist. Berliner und andere Finanzmänner treffen sich gelegentlich wohl auch während des Krieges in der Schweiz aus dem einfachen Grunde, weil sie Aufsichtsratsmitglieder von Unternehmungen sind, die in der Schweiz domizilieren, wie z. B. die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich. Sie verhandeln dann über ihre Geschäfte, aber nicht über Politik und ganz sicher nicht über internationale. Von Herrn Fürstenberg wissen wir, daß er bei keinem Aufenthalt in der Schweiz noch niemals mit anderen als Schweizer oder deutschen Herren gesprochen hat, auch noch nicht einmal mit sonstigen Neutralen, und wir erfahren von ihm außerdem, daß er gerade an dem im Telegramm genannten Septembertage nicht in der Schweiz gewesen ist. Er war im Begriff, nach Wien zu fahren, ist aber in Berlin geblieben, weil er den Schlafwagen veräumt hatte. (Ziff. Ztg.)

Eine Erklärung der russ. Gesandtschaft in Bern.

Bern, 28. Nov. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) Die hiesige russische Gesandtschaft erklärt zu der Veröffentlichung der geheimen Telegramme über eine Finanzkonferenz in der Schweiz, die Wiedergabe des Textes der Telegramme stelle nur einen sehr gekürzten Auszug derjenigen Telegramme dar, die von der russischen Gesandtschaft in Bern seinerzeit an das Auswärtige Amt gerichtet worden seien. Die Wiedergabe verdrehe auch den Sinn der Telegramme und enthalte zum Teil direkte Fälschungen. Es werde im übrigen das Urteil der hiesigen Gesandtschaft über die Haltung der deutschen finanziellen Vertreter nicht erwähnt, die einem Frieden zu Ungunsten Rußlands das Wort geredet hätten.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Arhlenko.

Petersburg, 27. Nov. (W. B.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Der maximalistische Oberbefehlshaber Arhlenko ist an die Front abgegangen, nachdem er an Armee und Flotte ein Friedensmanifest erlassen hatte.

Eine Äußerung Balfours.

London, 27. Nov. (W. B.) Reuter. (Verspätet eingetroffen.) Im Unterhause fragte Richard Lambert: 1. Ob

die russische Regierung oder irgend eine Person, die vorgibt, die russische Regierung zu vertreten, einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten zur Einleitung von Friedensverhandlungen vorgeschlagen habe. 2. Wenn dies der Fall ist, welche Antwort England gegeben habe.

Balfour beantwortete die erste Frage mit Ja. Hinsichtlich der zweiten Frage sei von der englischen Regierung keine Antwort gegeben worden und so weit es ihm bekannt wäre, auch nicht von irgend einem der Alliierten.

London, 27. Nov. (W. B.) Reutermeldung. Ein Telegramm aus Washington besagt: Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Petersburg berichtet, daß Petersburg und Berlin in dringender Verbindung stehen.

Der Friedensvorschlag der Maximalisten.

Basel, 28. Nov. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) Die „Basler Nachrichten“ erfahren aus Bern, die maximalistische Regierung Lenins ließ den Schweizerischen Bundesrat einladen, ihre Vorschläge über einen Waffenstillstand und die Einleitung von Friedensverhandlungen den kriegführenden Mächten zu übermitteln. Der Bundesrat hat nach Prüfung der Frage in ablehnendem Sinne Stellung genommen.

Basel, 28. Nov. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) Havas berichtet aus Petersburg: In Beantwortung der Note Trojkijs teilte der spanische Geschäftsträger mit, er werde die Note der spanischen Regierung übermitteln.

Czernin über die Friedensfrage.

Wien, 27. Nov. (W. B.) Die „Slawische Correspondenz“ meldet: In einer Besprechung mit Abgeordneten des Herrenhauses äußerte sich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Czernin über die Lage, die durch die Friedensbestrebungen der gegenwärtigen russischen Regierung geschaffen ist. Er betonte die Bereitwilligkeit und die Bereitschaft der Monarchie, in Verhandlungen über einen ehrlichen und annehmbaren Frieden einzutreten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 28. Nov. (W. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mehrere Blätter drucken die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ nach, in denen behauptet wird, Abgeordneter Erzberger habe „ohne Zweifel mit Wissen des Auswärtigen Amtes auf Geheiß der sogenannten politischen Leitung“ auf der Basis der päpstlichen Note mit Franzosen wegen Abtretung Elßaß-Lothringens verhandelt. — Wir wollen deshalb folgendes feststellen: Die politische Leitung hat zu den behaupteten Verhandlungen keinen Auftrag gegeben und das Auswärtige Amt nicht um sie gewußt. Sie haben überhaupt niemals stattgefunden. Die Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ sind frei erfunden.

Amsterdam, 27. Nov. (W. B.) Einem hiesigen Blatt zufolge erfährt die „Times“ aus Mailand, daß 700 000 Flüchtlinge aus den besetzten italienischen Provinzen Mailand passierten.

Der Einbruch auf Schloß Wilhelmshöhe.

Kassel, 28. Nov. (W. B.) Die Kriminalpolizei hat heute einen 17jährigen Ober-Tertianer dingfest gemacht, der in einer der letzten Nächte den gemeldeten großen Diebstahl wertvoller Kunstgegenstände aus Schloß Wilhelmshöhe verübt hat. Der größte Teil der gestohlenen Gegenstände ist wieder herbeigeschafft worden.

Von nah und fern.

* Zu Königl. Hegemeistern wurden ernannt die leiherrigen Königl. Förster Beh in Schmitten und Heun in Rönigstein.

Griesheim, 28. Nov. Eine gewaltige Trauergemeinde aus allen Schichten der Bevölkerung gab am Dienstag nachmittag den Opfern des Explosionsunglücks das Geleit zur letzten Ruhestätte. Die drei schweren Eisenfänge wurden unter dem Geläute aller Kirchenglocken und den Trauerklängen der Kapelle der 81er aus Frankfurt von der Leichenhalle nach den Gräbern getragen. Während der Beerdigung erwies eine Militärabteilung mit präsentem Gewehr den Entschlafenen besondere Ehre. Nach der Einsegnung der verunglückten Katholiken durch Pfarrer Treß hielt der evangelische Geistliche, Pfarrer Sachs, eine tiefergreifende Rede. Sodann widmete der katholische Geistliche in herzlichster Weise den im Dienst der Pflicht Gefallenen ehrende Worte des Gedächtnisses und den Hinterbliebenen Worte des Trostes. Nach dem kirchlichen Akt legten die Direktoren, Beamten, Mitarbeiter und der Werkverein von „Elektron“ und zahlreiche Leidtragende Kränze und Blumen spenden an dem Grabe nieder. Der Choral „Wie sie so sanft ruhen!“ schloß die ergreifende Feier.

Großes Hauptquartier, 29. November.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Belgische Sturmtruppen hielten östlich von Merden einen Offizier, 46 Mann und zwei Maschinengewehre aus den belgischen Linien. Tagsüber lag starkes Feuer bei Boelcapelle und zwischen Bezelacre und Gheluvelt.

Östlich von Arras erhöhte Artillerietätigkeit.

Südwestlich von Cambrai ruhte gestern der Kampf. Zwischen Moeuvres und Bourlon, bei Fontaine und Crevecoeur war das Feuer zeitweilig gesteigert; auch Cambrai wurde von den Engländern beschossen. Kleinere Vorfeldgefechte brachten Gefangene und Maschinengewehre ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Auf beiden Maasuferten lebte das Feuer am Nachmittag auf. Eigene Erkundungen verliefen erfolgreich. Bei Dieppe wurde ein französischer Vorstoß abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz

und

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Italienische Angriffe gegen unsere Gebirgsstellungen auf dem Westufer der Brenta und auf den Monte Tomba scheiterten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 28. Nov. (W. B. Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings drei Dampfer und ein Segler vernichtet, darunter ein englischer Frachtdampfer von mindestens 5000 Tonnen, sowie der englische Motorschoner „Morning Star“ mit 180 Tonnen Lasterde von Portsmouth nach Rouen. Einer der Dampfer wurde aus Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Ostasien.

Kristiania, 29. Nov. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) In den ersten Tagen des September brach in der indo-chinesischen Stadt Thailapung eine von eingeborenen Revolutionären angeführte Militärrevolte aus. Diese revolutionären anaristischen Truppen waren mehrere Tage Herren der Stadt. Der französische Gouverneur mußte flüchten und mehrere Franzosen kamen ums Leben. Nach heftigen Kämpfen, in deren Verlauf die Stadt durch Artillerie eingeäschert wurde, gelang es von Hanoi gesandten Truppen, die Revolution zu unterdrücken und 80 von den Revolutionären belagerte Franzosen zu befreien.

Kleine Chronik.

— 12 700 Broffarten gestohlen. In einer der letzten Nächte drangen Diebe in die Geschäftsräume der 6. Brotkommission zu Steglitz bei Berlin ein und erbeuteten 12 000 Broffarten für die nächsten Wochen und 700 Reisbrotmarken. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur. Der Diebstahl von Broffarten ist so häufig, daß die Kommissionen durchaus wirksamere Sicherheitsmaßnahmen dagegen treffen müssen.

Katibor, 27. Nov. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Lokomotivführer Berger, der das Eisenbahnunglück im Bahnhof Polnisch-Neulirch verschuldete, wobei neun Menschen getötet und über 50 verletzt wurden, wegen fahrlässiger Tötung und Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu einem Jahr Gefängnis.

Koblenz, 28. Nov. Unter die Räuber geraten ist kürzlich eine Dame in der Vorstadt an dem Kreuzungspunkt Marktenbildchenweg-Kurfürstenstraße. Ratten da des Abends drei Ratten ihr entgegen; einer von ihnen redete sie mit ruhiger, aber bestimmter Stimme an: „Salt! Schreien Sie nicht; es geschieht Ihnen nichts! Aber — ziehen Sie Ihre Schuhe aus!“ Vor Schrecken ganz starr mußte die Dame dem Wunsch nachkommen und auf den Strümpfen nach Hause gehen.

Israel. Gottesdienst in der Synagoge in Rönigstein.

Freitag abends 4.15 Uhr.
Samstag morgens 9.00 Uhr, nachmittags 3.30 Uhr, abends 5.30 Uhr.

Bekanntmachung.

Betr. Viehzählung.

Am 1. Dezember 1917 findet eine Viehzählung statt und wird hiermit auf § 4 der Verordnung des Bundesrats vom 30. Jan. 1917 hingewiesen.

Wer vorzüglich eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser Verordnung oder nach § 2 der erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder willentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen“ erklärt werden.

Rönigstein im Taunus, den 28. November 1917.

Der Magistrat. Jacobs.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich von heute ab nicht mehr Mittwochs und Samstags sondern jetzt nur noch

Dienstags und Freitags
nach **Frankfurt am Main** fahre

und werden Bestellungen **Montags und Donnerstags**
bis **8 Uhr abends** entgegengenommen.

Lorenz Kroth, Fa. Jakob Kroth,
Frachtfuhrwerk.

Königstein, 28. November 1917.

Heute und morgen werden am
Bahnhof Kelkheim
mehrere hundert Zentner
gelbe Möhren
verkauft.

Josef Kohl, Kelkheim,
Fernsprecher 8.

Gebrauchter
Hüdenherd
(Unschuldig)

steht zu verkaufen
Gerichtsstr. 8, Königstein.